

---

# Das Wissen des Aufsichtsrats

---

Richard Heinrichs

# Das Wissen des Aufsichtsrats

 Springer

Richard Heinrichs  
Frankfurt am Main, Deutschland

Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde, Universität zu Köln, 2023.

ISBN 978-3-658-42520-3      ISBN 978-3-658-42521-0 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-42521-0>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

*Für Kathi*

---

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln im Sommersemester 2022 als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Schrifttum sind bis März 2021 berücksichtigt.

Bei der Abfassung dieser Arbeit kam mir die Unterstützung einiger Personen zugute, denen ich an dieser Stelle danken möchte. Zunächst gilt mein Dank *Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb* für die Betreuung meines Promotionsvorhabens. Herzlich danken möchte ich zudem *Prof. Dr. Wilhelm Haarmann*, dessen Experteninterview diese Arbeit um eine wichtige praktische Perspektive bereichert hat.

*Nix blieb wie et wor!* Mit dem Abschluss dieser Arbeit endet auch meine akademische Karriere im schönen Köln. Meinen Weggefährten, ehemaligen Kollegen und, allem voran, Freunden *Lukas Lüchtrath, Benjamin Reeve, Martin Bongartz, Marina Schneider, Teresa Kastl, Philipp Baaden, Christian Beyer, Sven Kluge, Jewgenij Akymenko* und *Samir Felich* möchte ich für die vielen unvergesslichen gemeinsamen Momente während meiner Studien- und Promotionszeit danken.

Ganz besonderer Dank gilt meiner Familie, also meinen Großeltern *Josefine* und *Helmut Heinrichs*, meinen Eltern *Gabriele* und *Vahdettin Heinrichs* und meiner Schwester *Astrid Heinrichs*, auf deren Verständnis und Unterstützung ich mich stets verlassen konnte und denen ich das Privileg dieser anspruchsvollen Ausbildung überhaupt zu verdanken habe.

Meiner Ehefrau, *Katharina Heinrichs*, ist dieses Buch gewidmet. Bei all meinen Vorhaben kann ich mich blind auf ihren bedingungslosen Rückhalt verlassen. Mit der Korrektur des Manuskripts sowie unzähligen inspirierenden Diskussionen hat sie mich auch während meiner Promotion mit größter Geduld unterstützt. Das Gelingen dieser Arbeit habe ich zu einem sehr großen Teil ihr zu verdanken.

Frankfurt am Main  
im Februar 2023

Richard Heinrichs

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	1
1.1	Problemstellung	2
1.2	Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	7
1.3	Aufbau der Untersuchung	9
<b>2</b>	<b>Grundlagen der Wissenszurechnung im Zivilrecht</b>	13
2.1	Begrifflichkeiten	13
2.1.1	Wissen und Kenntnis	13
2.1.1.1	Literaturansichten	17
2.1.1.2	Ergebnis	21
2.1.2	Die Zurechnung	23
2.1.2.1	Der Zurechnungsvorgang	23
2.1.2.2	Zurechnungsdogmatik	26
2.1.3	Wissensaufspaltung und Wissenszusammenrechnung	28
2.1.4	Zusammenfassung	30
2.2	Positivrechtliche Wissenszurechnung	31
2.2.1	Regelungsgegenstand des § 166 BGB	32
2.2.2	Gesetzgeberische Motive	33
2.2.3	Schutz des Rechtsverkehrs und Vertrauensgedanke	35
2.2.4	Zwischenergebnis	39
2.3	Außerpositive Wissenszurechnung	39
2.3.1	Der erweiterte persönliche Anwendungsbereich des § 166 BGB	40
2.3.1.1	An Rechtsgeschäften beteiligte Hilfspersonen	40
2.3.1.2	Vertreter bei Vorverhandlungen	41

2.3.1.3	Wissensvertreter .....	42
2.3.1.4	Wissenserklärungsvertreter .....	43
2.3.1.5	Keine Wissenszurechnung bei Empfangsvertretung und Empfangsbotenschaft .....	44
2.3.1.6	Keine Wissenszurechnung bei situationsgebundenen Voraussetzungen des Widerrufsrechts .....	44
2.3.1.7	Besitz, Besitzdiener und Realakte .....	45
2.3.1.8	Weitere Fälle ohne Wissenszurechnung .....	46
2.3.2	Zwischenergebnis .....	47
2.3.2.1	Gemeinsame Voraussetzungen von Tatbeständen der außerpositiven Wissenszurechnung bei natürlichen Personen .....	47
2.3.2.2	Wegfall von Voraussetzungen .....	48
2.3.2.3	Methodik hinter der Erweiterung der Wissenszurechnung .....	49
<b>3</b>	<b>Das Wissen einer juristischen Person .....</b>	<b>51</b>
3.1	Einleitung .....	51
3.2	Die Organebene .....	53
3.3	Verschiedene Motive für die Wissenszurechnung bei der juristischen Person .....	54
3.3.1	Substitut für das natürliche, menschliche Wissen .....	54
3.3.2	Abgrenzung zum Rechtsverkehrerschutz .....	56
3.3.3	Die Wesensmerkmale der juristischen Person als Ursache für die Notwendigkeit der Wissenszurechnung .....	60
3.3.4	Arbeitsteilung innerhalb des einzelnen Organs .....	61
3.3.5	Ausklammerung arbeitsteiliger Sachverhalte am Beispiel der Einpersonen-GmbH .....	62
3.4	Das Wesen der juristischen Person .....	64
3.4.1	Relevanz der Wesenstheorien und Legitimation .....	65
3.4.2	Überblick .....	66
3.4.2.1	Die Fiktionstheorie .....	68
3.4.2.1.1	Kategorisierung der juristischen Person .....	68
3.4.2.1.2	Genehmigung des Staates .....	69

---

3.4.2.1.3	Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit der juristischen Person .....	70
3.4.2.1.4	Deliktsfähigkeit juristischer Personen .....	70
3.4.2.1.5	Folgerungen aus der Fiktionstheorie für die Wissenszurechnung .....	71
3.4.2.2	Theorie der realen Verbandspersönlichkeit .....	72
3.4.2.2.1	Grundannahmen zur Existenz einer Gemeinschaft .....	72
3.4.2.2.2	Rechtsfähigkeit der juristischen Person .....	73
3.4.2.2.3	Handlungs- und Deliktsfähigkeit der juristischen Person .....	74
3.4.3	Wissenszurechnung nach der Theorie der realen Verbandspersönlichkeit .....	74
3.4.4	Rechtsgrundlage .....	76
3.4.5	Gegenüberstellung der Theorien .....	79
3.5	Die Entwicklung der Theorie Gierkes in Rechtsprechung und Schrifttum im Zusammenhang mit Wissenszurechnung .....	82
3.5.1	Entwicklung im Schrifttum – keine absolute Zurechnung .....	82
3.5.1.1	Überblick .....	82
3.5.1.2	Wissenszurechnung nach Flume .....	86
3.5.1.3	Wissenszurechnung nach Schilken .....	87
3.5.1.4	Wissenszurechnung nach Baumann .....	88
3.5.1.5	Wissenszurechnung nach Grunewald .....	89
3.5.1.6	Wissensverantwortung nach Bohrer .....	91
3.5.1.7	Das Karlsruher Forum von 1994 .....	94
3.5.1.8	Rechtsmissbrauchsmodell nach Buck-Heeb .....	100
3.5.2	Die Entwicklung der Rechtsprechung von der Organtheorie bis zur Wissensorganisationspflicht .....	102
3.5.2.1	Das Reichsgericht .....	102
3.5.2.2	Der Bundesgerichtshof .....	104
3.5.2.3	Die Rechtsprechungsreform des Bundesgerichtshofs .....	104
3.5.2.3.1	Der Schlachthoffall .....	104

	3.5.2.3.2	Der Kontaminationsfall .....	107
	3.5.2.3.3	Die folgenden Entscheidungen .....	111
3.6		Deutung der neueren Rechtsprechung unter wertender Berücksichtigung der Literatur .....	113
3.7		Die Pflicht zur ordnungsgemäßen Organisation typischerweise aktenmäßig festzuhaltender Informationen .....	119
	3.7.1	Inhaltliche Ausgestaltung der Wissensorganisationspflicht .....	119
	3.7.1.1	Grundsatz .....	119
	3.7.1.2	Informationsweiterleitungspflicht .....	121
	3.7.1.3	Informationsabfragepflicht .....	122
	3.7.1.4	Informationsspeicherungspflicht .....	124
	3.7.2	Anwendungsbereich .....	125
	3.7.3	Die Wissensorganisation als Pflicht oder Obliegenheit .....	126
	3.7.4	Literaturkritik an der Wissensorganisationspflicht .....	127
	3.7.5	Vermittelnder Lösungsvorschlag .....	130
	3.7.5.1	Kritische Bewertung der Rechtslage .....	130
	3.7.5.2	Teleologische Extension .....	133
	3.7.5.2.1	Berichtigung des Wortlauts aufgrund eines Widerspruchs .....	134
	3.7.5.2.2	Erweiterung des Wortlauts als dem Zweck der Norm entsprechende Berichtigung .....	134
	3.7.5.2.3	Befürchtung einer offenbaren Ungerechtigkeit .....	135
	3.7.6	Zwischenergebnis .....	135
3.8		Modernes Verständnis der Organtheorie .....	136
3.9		Zwischenergebnis .....	139
<b>4</b>		<b>Das Wissen des Aufsichtsrats und seiner Mitglieder .....</b>	<b>141</b>
4.1		Einleitung .....	141
4.2		Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft .....	142
	4.2.1	Historische Entstehung des Aufsichtsrats .....	142
	4.2.2	Die moderne Rolle des Aufsichtsrats .....	143
	4.2.2.1	Grundkonzeption des Aufsichtsrats .....	144
	4.2.2.2	Vertretungsberechtigung des Aufsichtsrats .....	147
	4.2.2.3	Überwachungskompetenz .....	148
	4.2.2.4	Personalkompetenz des Aufsichtsrats .....	151

4.2.2.5	Unternehmerische Einflussnahme auf die Geschäftsführung des Vorstands – die neue Rolle des Aufsichtsrats .....	155
4.2.2.6	Einfluss des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) .....	160
4.2.2.7	Erkenntnisse aus <i>Proxy Voting Guidelines</i> .....	165
4.2.2.8	Repräsentation der Gesellschaft in der Öffentlichkeit .....	167
4.2.3	Zwischenergebnis .....	170
4.2.4	Dogmatische Einordnung des Aufsichtsrats .....	170
4.2.5	Erfahrungsbericht aus der Praxis .....	173
4.3	Wissenszurechnung in Literatur und Rechtsprechung .....	177
4.3.1	Grundsätzliche Zurechenbarkeit des Aufsichtsratswissens .....	178
4.3.1.1	Forschungsstand in der Literatur .....	178
4.3.1.2	Rechtsprechung .....	182
4.3.2	Wissen des einzelnen Mitglieds oder des Aufsichtsratsgremiums? .....	185
4.3.2.1	Forschungsstand in der Literatur .....	185
4.3.2.2	Rechtsprechung .....	190
4.4	Kritik und differenzierter Lösungsweg .....	195
4.4.1	Vertretungsbefugnis des Aufsichtsrats – Anwendbarkeit der modernen Organtheorie .....	196
4.4.1.1	Grundsatz .....	196
4.4.1.1.1	Kritik an der herrschenden Meinung zur Kenntnis einzelner Aufsichtsratsmitglieder .....	199
4.4.1.1.2	Folgerungen aus der Eigenschaft des Aufsichtsrats als Kollegialorgan .....	203
4.4.1.1.3	Sonderfall des § 626 Abs. 2 BGB .....	206
4.4.1.2	Einbeziehung des Wissens ausnahmsweise unbeteiligter und ausgeschiedener Organmitglieder im Rahmen der Vertretungsbefugnis des Aufsichtsrats .....	212
4.4.2	Rechtsverkehrsschutz und berechnigte Erwartungen trotz fehlender Vertretungsbefugnis des Aufsichtsrats ...	215

4.4.2.1	Außenwirkung des Aufsichtsrats .....	216
4.4.2.2	Schutzwürdigkeit des Rechtsverkehrs im Hinblick auf Kommunikation mit Aufsichtsratsmitgliedern .....	221
4.4.2.3	Zwischenergebnis .....	224
4.4.2.4	Wissensorganisationspflichten des Aufsichtsrats .....	225
<b>5</b>	<b>Exkurs – Wissenszurechnung im Zusammenhang mit Art. 17</b>	
<b>Abs. 1</b>	<b>MAR .....</b>	<b>227</b>
5.1	Einleitung .....	227
5.2	Kenntnis als Tatbestandsvoraussetzung des Art. 17 Abs. 1 MAR .....	229
5.2.1	Erste Ansicht – keine Kenntnis des Emittenten erforderlich .....	229
5.2.2	Zweite Ansicht – Kenntnis als Voraussetzung für Publizitätspflicht .....	232
5.2.3	Stellungnahme .....	233
5.2.3.1	Wortlaut .....	234
5.2.3.2	Ultra posse nemo obligatur .....	235
5.2.3.3	Systematik .....	235
5.2.3.4	Telos .....	235
5.2.4	Zwischenergebnis .....	236
5.3	Folgeproblem: Anwendbarkeit der deutschen Wissenszurechnungsgrundsätze .....	237
5.3.1	Die Ansicht <i>Klöhns</i> .....	237
5.3.2	Stellungnahme .....	238
5.3.3	Die Ansicht <i>Assmanns</i> .....	239
5.3.4	Die Ansicht <i>Kochs</i> .....	240
5.3.5	Stellungnahme .....	241
5.3.5.1	Organwissen .....	241
5.3.5.2	Mitarbeiterwissen .....	242
5.3.5.2.1	Teilweise Übertragung nach <i>Assmann</i> .....	242
5.3.5.2.2	Keine Übertragbarkeit nach <i>Koch</i> .....	243
5.3.6	Zwischenergebnis .....	246
5.4	Inhaltliche Ausgestaltung der Wissenszurechnung .....	246
5.4.1	Vorstandswissen .....	247

---

5.4.2	Aufsichtsratswissen .....	248
5.4.2.1	Vertretungsbefugnis des Aufsichtsrats .....	249
5.4.2.2	Keine Vertretungsbefugnis des Aufsichtsrats .....	251
5.4.3	Mitarbeiterwissen .....	252
5.5	Zusammenfassung .....	253
5.5.1	Kenntnis als Tatbestandsmerkmal des Art. 17 MAR ....	253
5.5.2	Anwendbarkeit der deutschen Wissenszurechnungsgrundsätze .....	254
5.5.3	Inhaltliche Ausgestaltung der Wissenszurechnung .....	254
<b>6</b>	<b>Resümee und Ausblick .....</b>	<b>257</b>
6.1	Grundlagen der Wissenszurechnung und Besonderheiten bei der juristischen Person .....	257
6.2	Lösungskonzept zum Wissen des Leitungsorgans und Ausblick .....	262
6.3	Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft .....	263
6.4	Lösungskonzept zum Wissen des Aufsichtsrats und Ausblick .....	265
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>269</b>

---

# Abkürzungsverzeichnis

a.A. / A.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis ( <i>Zeitschrift</i> )
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch (erlassen am 31. Mai 1861; Außerkrafttreten am 01. Januar 1900 durch Inkrafttreten des HGB)
AG	Aktiengesellschaft / Die Aktiengesellschaft ( <i>Zeitschrift</i> )
ähnl.	ähnlich
AktG	Aktiengesetz
allg.	allgemein
ÄndVO	Änderungsverordnung
Art.	Artikel
ARUG II	Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechte-richtlinie
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts ( <i>Sammlung</i> )

---

BB	Betriebsberater ( <i>Zeitschrift</i> )
Bd.	Band
BeckOGK	Beck'scher Online Großkommentar
BeckOK	Beck'scher Online Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung (Sammlung)
Begr.	Begründung
Begr. RegE	Begründung Gesetzesentwurf der Bundesregierung
Beschl. v.	Beschluss vom
Bespr.	Besprechung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen ( <i>Sammlung</i> )
bspw.	beispielsweise
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
c.i.c.	culpa in contrahendo
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
D.h. / d.h.	Das heißt
DAX	Deutscher Aktienindex
DB	Der Betrieb ( <i>Zeitschrift</i> )
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat (Drittelbeteiligungsgesetz)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
e.V.	eingetragener Verein
Ebd. / ebd.	ebenda
Einl.	Einleitung
entspr.	entsprechend/e/r
Erg.	Ergebnis
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f. / ff.	(fort-)folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift

---

GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
Gem. / gem.	gemäß
GenG	Genossenschaftsgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	Die GmbH-Rundschau ( <i>Zeitschrift</i> )
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht ( <i>Zeitschrift</i> )
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht ( <i>Zeitschrift</i> )
h.M.	herrschende Meinung
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
HKK	Historisch-Kritischer Kommentar
Hrsg. / hrsg. v.	Herausgeber / herausgegeben von
Hs.	Halbsatz
i.R.d.	im Rahmen der/des
i.S.d.	im Sinne der/des
i.S.v.	im Sinne von
ISS	Institutional Shareholder Services Inc.
JuS	Juristische Schulung ( <i>Zeitschrift</i> )
JW	Juristische Wochenschrift ( <i>Zeitschrift</i> )
JZ	JuristenZeitung
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, erlassen am 27. April 1998 (BGBl. I S. 786), Inkrafttreten am 1. Mai 1998
krit.	kritisch
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
Lit.	Literatur
lit.	literarisch
Ls.	Leitsatz
m.M.	Mindermeinung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen

---

MAR	Market Abuse Regulation – Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission Text von Bedeutung für den EWR
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht ( <i>Zeitschrift</i> )
mgl.	möglich
MitbestErgG	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie (Mitbestimmungsergänzungsgesetz)
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)
MMVO	Marktmissbrauchsverordnung (siehe MAR)
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen vom 23. Oktober 2008
MontanMitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie (Montan-Mitbestimmungsgesetz)
Neubearb.	Neubearbeitung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift ( <i>Zeitschrift</i> )
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report ( <i>Zeitschrift</i> )
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o.g.	oben genannt
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungssammlung des Reichsgerichts in Zivilsachen

---

RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
ROHG	Reichsoberhandelsgericht
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz / Seite
s.	siehe
s.o.	siehe oben
SE	Societas Europaea (Europäische Aktiengesellschaft)
SeuffA	J. A. Seuffert's Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten
SE-VO	Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE)
sog.	sogenannt
str.	strittig
TransPuG	Transparenz- und Publizitätsgesetz, erlassen am 19. Juli 2002 (BGBl. I S. 2681), Inkrafttreten überwiegend am 26. Juli 2002
u.a.	unter anderem/n
UAbs.	Unterabsatz
Urt.	Urteil
v.	von / vom
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg ( <i>Zeitschrift</i> )
VersR	Versicherungsrecht ( <i>Zeitschrift</i> )
vgl.	vergleiche
VGR	Gesellschaftsrechtliche Vereinigung
Vorb.	Vorbemerkung
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) vom 31. Juli 2009
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
WarnRspr	Warneyers Jahrbuch der Entscheidungen. Ergänzungsband: Die Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiete des Zivilrechts, soweit sie nicht in der amtlichen Sammlung der Entscheidungen des RG abgedruckt ist.
WEG	Wohnungseigentümergeinschaft
WM	Wertpapiermitteilungen ( <i>Zeitschrift</i> )

WpHG	Gesetz über den Wertpapierhandel
z.B.	zum Beispiel
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung